



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Bundesregierung stellt Bericht über Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vor

Sowie Wohngeld- und Mietenbericht 2024

06.03.2026 Fachinformation

Die Bundesregierung hat in einer Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen am 4. März 2026 den 5. Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland vorgestellt. Die Zahl der Baufertigstellungen sei 2023 und 2024 weniger stark gesunken als die Zahl der Baugenehmigungen. Die zielgerichtete Förderpolitik der Regierung habe sich dabei stabilisierend auf die Fertigstellungszahlen ausgewirkt, erläuterte die Regierung. Zur Mietenentwicklung wurde mitgeteilt, dass sich die durchschnittliche Nettokaltmiete in bestehenden Mietverträgen nach Ergebnissen des Zensus 2022 zum 15. Mai 2022 bundesweit auf 7,28 Euro pro Quadratmeter und Monat belaufen habe. Für das Jahr 2024 wurde die durchschnittliche Bestandsmiete mit 7,62 Euro pro Quadratmeter und Monat angegeben. Bei Wiedervermietungen habe die Miete 10,92 Euro pro Quadratmeter betragen, bei Erstbezug seien es 14,42 Euro pro Quadratmeter gewesen.

Laut Bundesregierung hat sich die Zahl der Wohngeldhaushalte von 600.000 auf 1,2 Millionen Haushalte verdoppelt. Grund sei die Wohngeldreform gewesen, die dafür gesorgt habe, dass mehr Menschen Wohngeld erhalten können. Der Anstieg sei insofern zu erwarten gewesen.

In dem Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland heißt es, dass im Jahr 2022 in Deutschland insgesamt rund 43,1 Millionen Wohnungen zur Verfügung standen. Das waren etwa 2,5 Millionen Wohnungen oder sechs Prozent mehr als 2011. Rund 17,8 Millionen Wohnungen wurden von den Eigentümern selbst bewohnt. Trotz erheblicher Preissteigerungen haben nach Angaben der Regierung zwischen 2018 und 2021 in Deutschland jährlich über 387.000 Haushalte selbstgenutztes Wohneigentum gebildet.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 166

Zum Bericht: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/021/2102170.pdf>

<https://bbu.de/beitraege/bundesregierung-stellt-bericht-ueber-wohnungs-und-immobilienwirtschaft-vor>